

Fakten zum Thema Radioaktivität

Die 2009 vom **Bundesamt für Strahlenschutz** publizierte **KIKK-Studie** (www.bfs.de, www.ippnw.de) belegt, dass, **je näher Kleinkinder an einem AKW wohnen, desto höher ihr Risiko ist, an Krebs zu erkranken**. Innerhalb eines **5 km -Radius** ist dieses Risiko um 60 % erhöht, das von Leukämie um 120 %. Selbst in **15 km Entfernung** ist dieser Effekt noch nachweisbar.

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass die krebsauslösende Wirkung ionisierender Strahlung (<http://www.bfs.de/de/ion/einfuehrung.html>) in **allen Geweben oder Organen des Körpers** hervorgerufen werden kann (<http://www.bfs.de/de/ion/wirkungen/leukaemie.html>).

Zahlreiche Studien und Aufsätze weisen auf ein besonders hohes **Brustkrebsrisiko** bei Frauen durch ionisierende Strahlung hin.

Ausgangslage in Thune

Der Bezirk Wenden-Thune-Harxbüttel und die Samtgemeinde Papenteich sind beliebte Wohnstandorte. Hier wurden in den letzten 20 Jahren **viele große Wohngebiete** ausgewiesen - über 700 Einfamilienhäuser gebaut. Die Region weist aufgrund der Ansiedelung vieler Familien mit kleinen Kindern einen sehr jungen Altersdurchschnitt aus. Das größte Gymnasium Braunschweigs, eine Grundschule und zwei Kindergärten liegen in direkter Nachbarschaft zum Firmengelände Buchler-GE Healthcare-Eckert & Ziegler. Die Braunschweiger Innenstadt ist ca. 7 km entfernt. Aus dem direkt benachbarten Landkreis Gifhorn besuchen zahlreiche Kinder und Jugendliche das Lessinggymnasium am Mittellandkanal und soll kurzfristig für 15 Mio. € zur Ganztagschule ausgebaut werden. Ein Jugendzentrum und weitere Wohngebiete neben den Schulen sind ebenfalls in Planung.

Eine Warteschleife des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg in 3 km Entfernung liegt direkt über dem Industriestandort, auf dem auch die Betriebe Eckert & Ziegler Nuclitec (EZN) und GE Healthcare (GE) arbeiten.

Diese Betriebe (EZN und GE) sind bereits heute **die am stärksten strahlende kerntechnische Anlage ganz Deutschlands** - weit stärker emittierend als die Atomkraftwerke.

Strahlen-Emissionen treten auch heute sowohl aus den Schornsteinen (insgesamt 6) aus in Form von Aerosolen, die Radionuclide (radioaktive Partikel) tragen, des weiteren über Abwässer, als auch durch Direktstrahlung auf.

Die **Kontrolle der Emissionen** erfolgt größtenteils in **Eigenregie**, Störfälle können durch die Überwachungsbehörden nicht erkannt werden. Durch Ausnutzung einer Sonderregel, die so von keiner anderen kerntechnischen Einrichtung in ganz Deutschland in Anspruch genommen wird, darf **EZN 14,5 mal so stark** am Zaun emittieren **wie das Zwischenlager in Gorleben**. Das liegt alles in dem rechtlichen Rahmen, der den Betrieben heute gesetzt wird.

EZN besitzt eine außergewöhnliche Strahlenschutzgenehmigung, die sowohl den Transport, die Verarbeitung als auch die Konrad-Verpackung von Abfällen aus ganz Deutschland erlaubt, hierbei kann ein **Vielfaches des Asse-Inventars zeitgleich in Thune gelagert o. bearbeitet** werden.

Auch heute wird in Thune durch die jüngst gegründete Tochter "Kompetenzzentrum für sichere Entsorgung" (KSE) **radioaktiver Müll in Konrad-Container verpackt und per LKW** in das bereits randvolle Zwischenlager der Firma in **Leese** am Steinhuder Meer verbracht.

Es besteht ein Anfangsverdacht für eine dreifach über dem Normalen liegende Krebsmortalität im Umfeld des Betriebes in den letzten zehn Jahren.

Absichten des Unternehmens

EZN will zukünftig **in großindustriellem Maßstab Atommüll bearbeiten** und hat westlich von ihrem jetzigen Firmensitz in Thune am Mittellandkanal eine 16.000 qm große Ackerfläche erworben. Hier ist nach einem Bebauungsplan aus dem Jahr 1978 ein Gewerbe- und Industriegebiet ausgewiesen.

EZN führt bereits seit längerem **vertrauliche Gespräche mit dem Wirtschafts- und dem Baudezernat** im Rathaus von Braunschweig zur Abklärung des Einstiegs in das Rückbaugeschäft mit stillgelegten AKWs. Sie beabsichtigt, zeitnah einen Bauantrag einzureichen mit dem Ziel, eine 1.000 qm große Halle zur Bearbeitung radioaktiver Materialien zu errichten. Eine Lagerung von großen Mengen radioaktiver Abfälle auf dem zukünftigen Freigelände des möglichen neuen Firmensitzes wird von Herrn Dr. Eckert nicht ausgeschlossen.

Zu erwartende Folgen

Durch eine Ausweitung des Unternehmens wird die Strahlenbelastung weiter steigen. Die **Krebsgefahr** für die Bevölkerung, im Besonderen für die Strahlenempfindlichsten: **Ungeborene, Kinder und ältere Menschen wird weiter zunehmen.**

Wir befinden uns in einem dicht besiedelten Ballungsraum. Im **5-km Radius leben über 100.000 Menschen**, direkt neben EZN gehen über 1.300 Kinder zur Schule- diese sind am stärksten gefährdet. Im **15-km Radius** sind die gesamte Stadt Braunschweig sowie zahlreiche Städte und Siedlungen anderer Kommunen betroffen - ca. eine halbe Millionen Menschen. Im südlichen Bereich beeinflusst obendrein die ebenfalls über radioaktive Aerosole extrem strahlende Asse die Belastung der Bevölkerung. Ein Problem für die gesamte Region.

Mehr Transporte würden in der Region stattfinden, damit würde auch die Gefahr von Unfällen mit radioaktiven Stoffen (insbesondere auf der bereits heute unfallträchtigen A 2) steigen.

Wie bereits in den Gemeinden rund um die Asse ist mit einem **Einbruch der Immobilienpreise** zu rechnen. Bei einer massiven Freisetzung von Radioaktivität beispielsweise nach einem **Störfall** wären die Bewohner in der Umgebung faktisch in "Sippenhaft" genommen, da ihre Häuser unverkäuflich wären.

Notwendige Maßnahmen zum Schutz von Leben, Gesundheit und Eigentum

Die Bearbeitung und Lagerung von radioaktiven Materialien in Wohngebieten darf **nicht ausgeweitet** werden. Hierzu ist das Baurecht (als Industriegebiet) auf allen Flächen, die seit Menschengedenken landwirtschaftlich genutzt wurden, von der Stadt Braunschweig aufzuheben und dadurch die **jetzige Nutzung als Ackerland festzuschreiben.**

Die **Kontrollen vor Ort müssen deutlich verbessert** werden. Eine **ständige, lückenlose Überwachung** und die Erstellung und Veröffentlichung von **Notfallplänen** müssen zur Gewährleistung höchster Sicherheit nach immer aktuellstem Stand der Technik für die Bestandsfirmen eingeführt werden. Das Gebiet darf nicht überflogen werden.

Alle Bürger müssen in einem **transparenten Verfahren** von der Politik und der Verwaltung der Stadt Braunschweig und den staatlichen Überwachungsbehörden ausführlich und **unter Angabe ihres persönlichen Risikos informiert** werden.